

(Abg. Braun.)

(A) gungen des Inspektors kostet, um seinem Amte zu allen Jahreszeiten gewissenhaft nachzukommen. Es wird das wieder eine gewisse Bitternis hervorrufen, und es wird immer wieder das Drängen nach der Großstadt dadurch gefördert.

Nun, meine Herren, wenn wir uns aber so warm unserer Beamten und Lehrer annehmen, so möchte ich doch auch nicht unterlassen, von hier aus einmal einen Appell an unsere Beamten und Lehrer zu richten. Es ist das ja neulich schon geschehen von Herrn Abg. Zimmermann. Meine Herren! Es kommt leider immer und immer wieder vor und wird noch immer gehandhabt, daß die Beamten sich zusammenschließen zu Einkaufsgruppen und daß sie auf diese Weise den gewerblichen Mittelstand schädigen.

(Abg. Ulrich: Sehr wahr!)

Man gibt es zwar nicht immer zu, man leugnet es ab, aber dennoch wird es gemacht.

(Abg. Ulrich: Sehr richtig!)

(B) Man bezieht gemeinschaftlich Kohlen, bezieht gemeinschaftlich sonstige Waren nach besonderem Muster, und dadurch wird der selbständige Mittelstand geschädigt, der obendrein jetzt durch die dauernden erhöhten Abgaben für die Gehaltsaufbesserung mit eintreten muß.

Wir ist z. B. mitgeteilt worden, daß gerade auf den Bahnhöfen dieses Unwesen ziemlich stark im Lande verbreitet ist; ich will aber gleich bemerken: in Freiberg ist das nicht der Fall. Es gibt auf den Bahnhöfen einzelne Beamte, die erhalten Muster von den Fabrikanten und vermitteln den Bezug dieser Waren. Es würde gut sein, wenn unsere Regierungsorgane in dieser Richtung scharfe Verbote erließen. Die einzelnen Vorstände der Verwaltungsstellen würden dann schon in der Lage sein, das zu unterbinden.

(Abg. Ulrich: Sehr gut!)

Betreffs der Erzbergwerke möchte ich mich dem Wunsche des Herrn Edler von Querfurth anschließen, daß, wenn die Abflüsse dauernd so günstig bleiben und so gute Resultate abwerfen — man kann es ja nicht wissen, aber wir hoffen es doch für eine Reihe von Jahren — man doch dann vielleicht einen kleinen Betrieb aufrechterhält zur Versorgung der Hüttenwerke mit heimatischen Erzen. Soviel ich weiß, schweben die Erwägungen darüber, und man kann noch keine bestimmten Zusagen geben, aber es dürfte doch vielleicht nicht ganz ausgeschlossen sein.

Betreffs der Seminar Gründungen stehe ich auf dem Standpunkt, den der Herr Abg. Wittig vorhin ein-

genommen hat. Ich wünsche auch, daß andere als bloß (C) Billigkeitsgründe bei der Errichtung eines Seminars in Frage kommen, daß lediglich der Zweckmäßigkeitsstandpunkt, wo Seminare zu errichten sind, in Betracht kommt und daß andere Maßnahmen und andere Grundsätze nicht obwalten und daß man nicht die Überbietung so zur Regel macht, denn dann können die kleinen und ärmeren Orte überhaupt nicht mitkommen.

Zum außerordentlichen Etat übergehend möchte ich gleich dem Herrn Abg. Dürr auf die Eisenbahnübergänge zu sprechen kommen. Ich wollte es heute nicht tun, da es aber bereits von anderer Seite geschehen ist, hielt ich mich dazu für verpflichtet. Auch wir haben in Freiberg schon seit Jahren auf die Beseitigung eines sehr lästigen, störenden Eisenbahnüberganges gedrungen. Es überschreitet in ebener Höhe die Staatsbahn die Dresden-Werdauer Staatsstraße. Es stört dies um so mehr, weil außerhalb der Bahn jetzt eine Kaserne gebaut worden ist, die nächstes Jahr belegt werden soll. Die Stadt ist dort durch diesen Eisenbahnübergang an der Ausnutzung des Bauareals gehindert, weil sie, solange dort nicht klare Maße geschaffen sind, einen Bebauungsplan nicht aufstellen kann. Ich möchte doch die Königl. Staatsregierung bitten, dringend darauf Bedacht zu nehmen, daß dieser Eisenbahnübergang noch in dieser Finanzperiode beseitigt wird. Es hat früher zum Teil an einer (D) Gemeinde gelegen, die da mit in Frage käme, aber ich glaube, jetzt würden sich die Schwierigkeiten leichter beheben lassen.

Dann habe ich lebhaft bedauert, daß in unserem Außerordentlichen Etat auch heuer noch nicht der längst geplante Amtsgerichtsneubau in Freiberg zu finden ist. Vor acht Jahren haben wir die Mittel verwilligt zur Erwerbung des Bauplatzes. In höchst beweglicher Sprache hat damals das Justizministerium die Notwendigkeit der Erbauung eines neuen Amtsgerichts in Freiberg begründet, weil das jetzige dem Land- und Amtsgericht dienende Gebäude zu eng ist. Ich will die Einzelheiten hier nicht vorführen, aber man sollte annehmen, daß jetzt nach acht Jahren mit dem Wachstum der Bevölkerung doch eigentlich der Übelstand noch ärger hervortreten muß als früher, und es kann nur der Einspruch des Finanzministeriums schuld sein, daß der Bau heute noch nicht steht, denn der Bauplan ist meines Wissens schon vor mehreren Jahren einmal fertig gewesen. Meine Herren! Es ist das für Freiberg um so störender, weil es gerade den betreffenden Stadtteil an der Entwicklung hindert. Das Königl. Justizministerium hat damals einen Bauplatz gekauft, bestehend aus drei bebauten Grundstücken. Das eine Hausgrundstück dient als Dienstwohnung für